

»Die haushalts-
politische Sturheit
der Verwaltung
schadet Dresden.«

Tilo Kießling



VORNE LINKS

Die Fraktion im Dresdner Stadtrat

Juni/Juli 2021



Sozial aus der Krise

Was geschieht nach der Corona-Pandemie? Wir finden: Dresden muss sozial gerechter gestaltet werden – ob in der kommunalen Gesundheitsversorgung, bei Stromsperrern oder bei der Verteilung des Haushaltsüberschusses. » Seite 4, 6 und 7

Gemeinsam unbequem

Im Stadtrat hat sich eine neue Fraktion gebildet – die Dissidenten. Aber: Ist hier Name auch Programm?

Wenn sich eine Gruppierung, die zu 75 Prozent aus gebürtigen Westdeutschen besteht, mit dem Dissidenten-Begriff »schmückt«, kann man sicher schon mal genauer hinschauen. Dissident – das ist der, der im Lateinischen statt zusammenauseinandersitzt, der »unbequeme Andersdenkende«, wie ihn Wikipedia nennt. Was aber ist unbequem daran, aus der Unfähigkeit, eine gemeinsame Linie unter politisch Verbündeten zu finden, einen angeblich notwendigen radikalen Bruch zu zimmern? Ist nicht gerade jetzt der viel unbequemere Weg, unterschiedliche Interessen gegeneinander und miteinander abzuwä-

gen und zu gesellschaftlich gangbaren Wegen zu kommen? Was ist unbequemer als genau das in einer tief zerstrittenen Gesellschaft zu versuchen?

Um es beispielhaft zu machen: Wie kann man der Kritik an der Haltung von Menschenaffen in vielen Zoos begegnen – im Wissen um die Bedeutung des Dresdner Zoos für viele Menschen in unserer Stadt? Wie können wir das Städtische Klinikum in seiner Größe und Stärke erhalten und trotzdem die baulichen und strukturellen Herausforderungen der verschiedenen Standorte angehen? Wenn die lautstarke Betonung feinsten

Meinungs- und Gesinnungsunterschiede wichtiger ist als die gemeinsame Suche nach Lösungen, ist das alles andere als unbequem. Ganz und gar nicht bequem ist es allerdings, sich mit denen anzulegen, denen eine Spaltung der Gesellschaft in die Hände spielt. Das geht, wenn verschiedene Kämpfe zu gemeinsamen werden, wenn Mieterinnen und Mieter, queere Menschen oder gebeutelte Kulturschaffende Seite an Seite für Gerechtigkeit eintreten. Wie das gelingen kann und wem das Unbequemlichkeiten bereiten könnte – nachzulesen in dieser Ausgabe.

Thomas Feske

SACHSENBAD VERKAUFT

Kopfschütteln

Die große Hoffnung, das Sachsenbad als Gesundheitsbad wiederzubeleben und damit den Willen der vielen Bürger:innen in Dresden zu erfüllen, zerplatzte wie eine Seifenblase. Eine Mehrheit aus CDU, FDP, AfD, Freien Wählern und leider auch der SPD stimmten in der Stadtratsitzung im Mai für den Verkauf des Gebäudes an einen privaten Investor. Die Entscheidung der SPD, das Sachsenbad eher an einen Bieter zu verkaufen, der das Gebäude in einen Bürokomplex umwandeln will, als erstmal den Verkauf zu verhindern, löst bei den vielen engagierten Bürger:innen sicher Kopfschütteln aus. Auch die plötzliche Zusage des Oberbürgermeisters, Geld aus dem Haushaltsüberschuss von 2020 für den Bau eines neuen Schwimmbads zu investieren, ist ein blanker Hohn. Nachdem jetzt überraschend bekannt wurde, dass der Haushaltsüberschuss im vergangenen Jahr 109 Millionen Euro betrug, fordert die LINKE eine Revision des Verkaufsbeschlusses. » Seite 3

TAG DER BEFREIUNG

Gedenken am 8. Mai

Jährlich, am 8. Mai, erinnert die Fraktion DIE LINKE gemeinsam mit Dresdner Organisationen, Vereinen und Menschen, denen das Thema Frieden am Herzen liegt, am Olbrichtplatz an die Befreiung Deutschlands von den faschistischen Machthabern. Trotz der pandemiebedingten Absage einer offiziellen Gedenkveranstaltung legte die Fraktion am Denkmal der Roten Armee Blumen nieder. DIE LINKE plädiert dafür, diesen Tag angesichts seiner Bedeutung bundesweit zum Gedenktag zu machen.

Die Redaktion



»Den Befreiern zum Dank. Uns zur Pflicht.«

Mit Open Source zur digitalen Souveränität

Auf allen politischen Ebenen ist die Verwaltung abhängig von einzelnen Software-Anbietern. Freie Software öffnet den Weg zur digitalen Selbstbestimmtheit



Die Stadtverwaltung sollte lieber auf freie Software zugreifen anstatt Unsummen für Lizenzverträge auszugeben!

Die Abhängigkeit von einzelnen Software-Anbietern schränkt den Handlungsspielraum bei Beschaffung, Entwicklung und Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologie ein und gefährdet damit Sicherheit, Selbständigkeit und Selbstbestimmtheit – die sogenannte »digitale Souveränität« der öffentlichen Verwaltung. Der Einsatz von Open Source Software (OSS) bzw. freier Software ist zukunftsweisend für die Verwaltung und ein wichtiger Schritt zur digitalen Souveränität. Freie Software zeichnet sich dadurch aus, dass jeder die Computerprogramme frei verwenden, verstehen, verbessern und verbreiten darf. Damit grenzt sie sich von Closed Source Software (CSS) mit proprietären Lizenzen ab, bei der der Quellcode weder verbreitet noch untersucht, verändert und nur gegen Zahlung verwendet

Open Source bricht Monopole und fördert Innovation.

werden darf. Open Source Systeme sind innovativer, sicherer und flexibler. Trotzdem bestehen immer noch Ressentiments, wenn es um den Einsatz offener Softwarecodes geht.

Dabei gibt es gewichtige Argumente, die dafürsprechen: Software, die öffentlich einsehbar und damit ständigen Verbesserungsprozessen unterworfen ist, beschleunigt Innovationszyklen und führt zu einer konstanten Optimierung. Dies garantiert hohe

Qualitätsstandards. Die Zusammenarbeit vieler zahlt sich aus, um Sicherheitslücken vorzubeugen oder rasch zu schließen. Denn ebenso schnell wie Hacker Schwachstellen finden, kann eine große Entwickler:innengemeinschaft auch Probleme beheben. Die Rahmenbedingungen für IT-Sicherheit sind bei freier Software wesentlich besser als es bei geschlossenen Systemen der Fall ist. Wenn der Code offen und veränderbar ist, kann jede Behörde zeitnah auf Veränderungen eingehen. Mit der Freiheit für Weiterentwicklungen können Behörden unmittelbar auf die Bedürfnisse der Bürger:innen eingehen. Sie können auf jede Dienstleister:innen zurückgreifen, die für sie neue Funktionen und Features realisieren kann. Das bricht Monopolstellungen auf und fördert Innovation!

Andere Kommunen wie Dortmund und Schwäbisch-Hall machen es vor und setzen in erster Linie auf Open Source. Dresden ist hier aber nicht nur auf dem rechten Auge, sondern auf beiden blind: In den Jahren 2017 bis 2020 gab die Landeshauptstadt mittels Rahmenvertrag mit Microsoft allein 1.525.546,24 Euro für Lizenzen aus. Im Gegensatz dazu gab es seitens der Landeshauptstadt keine eigenen Bestrebungen, Projekte oder Investitionen für Open Source Software. Daran sollte schleunigst etwas geändert werden! Schließlich gibt es einige engagierte Initiativen, wie beispielsweise der Chaos Computer Club oder das Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung, die sich für den Ansatz freier Software in der Verwaltung aussprechen und bei der Umsetzung beratend zur Seite stehen könnten.

Katharina Hanser

GLEICHSTELLUNG

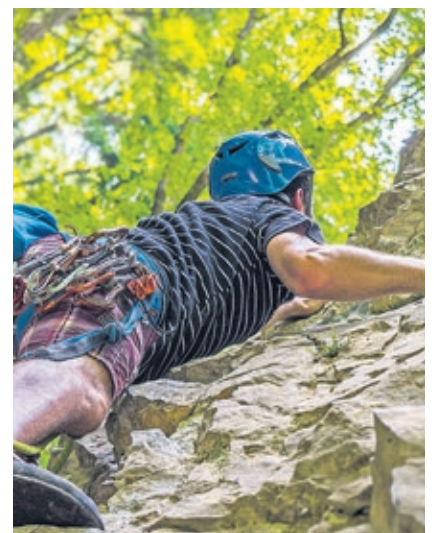
Kletterfelsen wurde stillgelegt

Mit viel Eigeninitiative wurde vor sieben Jahren am Kletterfelsen im Plauenschen Grund eine Klettermöglichkeit für Menschen mit Behinderung geschaffen und rege genutzt. 2020 ging das Grundstück von einem Eigentümer, der das Klettern dort gestattete, in kommunalen Besitz über. Quasi über Nacht wurde nun das Klettern in dem Bereich durch das Umweltamt verboten – Einsturzgefahr und Sicherung des Areals als Naturschutzgebiet, so die Begründung. In verschiedenen Gremien – unter anderem dem Beirat für Menschen mit Behinderungen – wurde lange über eine gemeinsame Lösung diskutiert. Die gemeinsame Suche nach einer Alternative wurde versprochen, doch bislang wurde diese noch nicht gefunden.

Doch dann ein herber Schlag: Ohne Rück- und Absprache mit den Beteiligten hat die Verwaltung mit dem Abriss der Klettermöglichkeiten begonnen. »Ein fatales Signal«, findet die Dresdner Bundestagsabgeordnete Katja Kipping und fordert Oberbürgermeister Hilbert dazu auf, sich nun persönlich der Sache anzunehmen und eine Lösung zu finden. Auch Stadträtin Margot Gaitzsch verlangt, dass die Verwaltung den Rückbau der Kletterwand solange einstellt, bis eine einvernehmliche Lösung gefunden wurde. Es sei äußerst unsensibel, die unter Eigeninitiative geschaffene Bewegungsmöglichkeit für Menschen mit Behinderungen ohne Rücksicht auf deren besondere Anforderungen zu eliminieren. Stadträtin Anja Apel weist darauf hin, dass die Eiligkeit des Rückbaus kaum begründbar sei. Dass jetzt schon Tatsachen geschaffen wurden, schädige nur den gesamten Prozess und verhärtete die Fronten zwischen den Beteiligten weiter.

Die Fraktion DIE LINKE setzt sich weiterhin dafür ein, gemeinsam mit den Betroffenen eine Lösung zu finden.

Die Redaktion



Für Menschen ohne Behinderungen gibt es ausreichend Klettermöglichkeiten. Daher: Kletterfelsen am Plauenschen Grund für Menschen mit Behinderung erhalten!

Wesentliche Veränderung

In der Mai-Sitzung des Dresdner Stadtrates beschloss eine Mehrheit, das Sachsenbad an einen privaten Investor zu verkaufen. Die Fraktion DIE LINKE will eine Revision des Beschlusses erwirken



»Die Entscheidung über den Verkauf des Sachsenbades wurde unter Vortäuschung falscher Tatsachen durch Oberbürgermeister Hilbert erschlichen«, findet LINKEN-Fraktionsvorsitzender André Schollbach

Am 12. Mai fasste eine Mehrheit aus CDU, SPD, AfD, FDP und Freien Wählern den Beschluss zum Verkauf des Sachsenbades an einen privaten Investor, der es zu einem Bürogebäude umbauen will. Das wesentliche Argument jener Fraktionen, die für den Verkauf des Sachsenbades stimmten, bestand darin, dass in der Stadt kein Geld für dessen Wiederbelebung vorhanden sei.

Hilbert sorgt für Verblüffung

Doch gerade einmal zwei Wochen später sorgte Oberbürgermeister Dirk Hilbert (FDP) für große Verblüffung. Denn am 26. Mai 2021 wurde folgende Mittei-

lung versandt: »Rund 109 Millionen Euro Überschuss aus dem Jahresabschluss 2020« Hilbert teilte überraschend mit: »Im Ergebnis kann die Landeshauptstadt Dresden nach dem gegenwärtigen vorläufigen Jahresabschluss mit einer verfügbaren Liquidität in Höhe von rund 109 Millionen Euro zum Ende des Haushaltsjahres rechnen. Dieser neu eingetretene Umstand hat nunmehr auch Einfluss auf das bereits laufende Haushaltsjahr 2021 und dessen Haushaltsvollzug. [...] In der Zusammenführung der nunmehr vorliegenden Informationen ergibt sich ein neues Gesamtbild für die weitere finanzielle Entwicklung des Doppelhaushaltes 2021/2022.«

»Reichlich viel Holz«

Über diese Entwicklung war der Stadtrat, der die Vertretung der Bürgerinnen und Bürger und das Hauptorgan der Landeshauptstadt Dresden ist, zunächst im Unklaren gelassen worden. In einem in den Dresdner Neuesten Nachrichten am 29. Mai 2021 veröffentlichten Kommentar formulierte der Rathausreporter Thomas Baumann-Hartwig unter der Überschrift »Reichlich viel Holz« treffend:

»Wie bitte? Der geneigte Zuhörer ist verblüfft: In der Stadtkasse liegt ein Überschuss von 109 Millionen Euro. Trotz Corona. Wie kann das gehen? Vor wenigen Monaten lief noch ein Überbietungswettbewerb: Dramatischer Einbruch bei den Stadtfinanzen! So schlimm wie seit 1990 nicht! Millioneneinbußen! Es klang fast so, als wenn Finanzbürgermeister Peter Lames (SPD) kurz vor dem Gang zum Amtsgericht stand – um Insolvenz anzumelden. Okay, Lames hätte das Innenministerium informieren müssen, das Dresden bei Zahlungsunfähigkeit unter Zwangsverwaltung gestellt hätte. [...] Die Stadträte kommen sich reichlich veralbert vor. Mag sein, dass ein Kämmerer bei einem Milliarden-Haushalt das Ziel um 20 Millionen Euro verfehlt, vielleicht auch um 30. Aber 109 Millionen? Das ist reichlich viel Holz.«

Plötzlich ist Geld für neue Schwimmhalle da

Der Gipfel: Die Stadträtinnen und Stadträte konnten dann verschiedenen Me-

dien entnehmen, dass für eine neue Schwimmhalle in Pieschen allein aus diesem Überschuss 6,5 Millionen Euro zur Verfügung stünden. Weiterhin wurde in diesem Zusammenhang be-

DIE LINKE will die Sanierung durch ein stadteigenes Unternehmen auf den Weg bringen.

richtet, dass eine geplante Sonderauschüttung in Höhe 10 Millionen Euro aus der Fusion der Drewag und der Enso zur SachsenEnergie noch nicht für einen anderen Zweck gebunden sei, sondern vielmehr ebenfalls für diese neue Schwimmhalle zur Verfügung stünde.

Angeht dieser wesentlichen Veränderungen der Sachlage will die Fraktion DIE LINKE eine Revision des Beschlusses zum Sachsenbad-Verkauf erreichen. Sie hat dazu kurzfristig einen Antrag erarbeitet, mit dem sie vorschlägt, die Entscheidung zum Verkauf aufzuheben und mit den nun vorhandenen Geldern die Sanierung durch ein stadteigenes Unternehmen auf den Weg zu bringen. *André Schollbach*

ANTRAGSINITIATIVE

Mehr Impfgerechtigkeit

Gebt die Patente frei, fordert DIE LINKE. Denn die Frage nach der Impfgerechtigkeit ist zuvorderst eine globale Frage. Sie ist aber nicht erst jetzt auch eine nationale Frage. Aktuelle Studien verdeutlichen, dass für arme oder armutsgefährdete Menschen im Falle einer Corona-Erkrankung die Wahrscheinlichkeit eines schweren Verlaufs höher ist. Die Bundesregierung hat diese soziale Perspektive bei der Impfpriorisierung außen vor gelassen. Selbst im Rahmen der vorhandenen Priorisierungen ist noch reichlich Luft nach oben. Nicht nur ältere Menschen scheitern regelmäßig an überhitzten Impfhotlines und komplizierten, überlasteten Online-Portalen. Für mobilitätseingeschränkte Menschen ist selbst

die Fahrt mit einem Dresdner Impftaxi ein großes Hindernis. Die Impfkampagne – wie sie momentan läuft – schafft über diskussionswürdige Priorisierungen und über technische und physische Hürden beträchtliche Ungerechtigkeiten.

Auch in Dresden braucht es mehr Impfgerechtigkeit. Deshalb hat DIE LINKE im Dresdner Stadtrat einen Antrag auf den Weg gebracht, der dezentrale Impfmöglichkeiten in allen Stadtteilen, etwa in Betrieben, Rathäusern oder sozialen Einrichtungen, vorschlägt. Ein Impfbus soll als mobiles Angebot zu denen kommen, die sehnlichst auf eine Impfung warten. Sozialarbeiter sollen vor Ort bei der Organisation eines Impftermins helfen und Angebote in einfacher Sprache sollen weitere mögliche Hürden für Impfwillige ausräumen. *Thomas Feske*



DIE LINKE fordert mehr Impfgerechtigkeit in Dresden

ZOO DRESDEN

Debatte um neues Orang-Utan-Haus



Mit dem neuen Gehege schaffen wir bessere Haltungsbedingungen für die Dresdner Orang-Utans

Durch die Vorlage der Stadtverwaltung, dem Dresdner Zoo für den Neubau des Orang-Utan-Hauses ein Gesellschafterdarlehen zu gewähren, ist die Debatte zur Haltung von Menschenaffen in Zoos wieder aufgerollt worden. Insbesondere junge Menschen kritisieren die Haltung von Wildtieren im Zoo. Das Argument des Artenschutzes ist für sie nicht ausreichend, der Schutz muss ihrer Ansicht nach dort stattfinden, wo die Tiere ihren natürlichen Lebensraum haben – und zwar mit deutlich größerer finanzieller Unterstützung. Der Beitrag der Zoos zum Artenschutz reiche dafür nicht aus.

Zum Schutz des natürlichen Lebensraums der Orang-Utans in Indonesien bedarf es aber mehr als nur finanzielle Mittel. Die Abholzung des Regenwaldes zur Palmölgewinnung, der Kohleabbau und Brände schreiten weiter fort, jeden Tag sterben etwa 25 Orang-Utans, weil ihr Lebensraum verloren geht. Die

meisten Tiere der Auffangstation für die Orang-Utans in Borneo können nicht ausgewildert werden, weil ihr Lebensraum einfach nicht mehr vorhanden ist. Wir Menschen müssten unser Konsumverhalten grundlegend ändern, um nachhaltig etwas zu verändern. Man bedenke: Die indonesischen Inseln Sumatra und Borneo decken mit 85 Prozent einen Großteil der Palmölgewinnung ab. Dieses Öl steckt in Tiefkühlpippen und Schokocremes, genauso wie in Kosmetikprodukten, Biodiesel oder Waschmittel.

Sollte den Dresdner Orang-Utans nicht hier die bestmögliche Unterbringung ermöglicht werden? Die Mehrheit des Stadtrats hat es bei der Abstimmung jedenfalls so gesehen und sich für das Gesellschafterdarlehen ausgesprochen. Und auch unser ergänzender Antrag, aus der neuen Orang-Utan-Anlage eine Auffangstation für Orang-Utans aus anderen Zoos mit schlechteren Haltungsbedingungen zu schaffen, wurde mehrheitlich angenommen. *Anja Apel*

Klinikum im Widerstand

In Kürze soll der Stadtrat über das Zukunftskonzept des Städtischen Klinikums entscheiden. Stadtrat *Jens Matthis* wirft einen kritischen Blick auf das Konzept

Es wurde viel getrommelt für das so genannte »Zukunftskonzept« des Städtischen Klinikums, einen scheinbar grandiosen Plan, der mit Unterstützung des »Beratungsunternehmens« Ernst & Young entwickelt wurde. Das Krankenhaus Friedrichstadt soll bis 2035 zum modernen »Zentralcampus« für alle somatischen Fachbereiche und die Außenstelle am Weißen Hirsch zum Fachzentrum für psychiatrische Medizin werden. Ohne bittere Pille geht es natürlich nicht: Das alte Krankenhaus Neustadt in Trachau soll als stationäres Krankenhaus geschlossen und zum ambulanten »Gesundheitszentrum« zurückgestuft werden. Gegen Letzteres regte sich Widerstand, insbesondere bei der Bevölkerung im Dresdner Norden und Nordwesten. Eine Petition des Krankenpflegers Jonas Leuwer erhielt innerhalb weniger Wochen 4912 Unterschriften. Auch der Personalrat gab eine vernichtende Stellungnahme ab.

Das Krankenhausmanagement und viele in der Politik schienen jedoch freudig bereit zu sein, die bittere Pille zu schlucken, wurde doch ein »wettbewerbsfähiges« Klinikum ohne rote Zahlen versprochen. Außerdem winkt für die Schließung des Standortes Trachau eine Förderung aus dem so genannten »Krankenhausstrukturfonds«, die man sich doch nicht entgehen lassen kann. Sie haben richtig gelesen: Geld gibt es tatsächlich für die Schließung bzw. Umwandlung eines Krankenhauses. Unter Eingeweihten spricht man von einer »Abwrackprämie«. Nun handelt es sich aber in Trachau nicht um irgendei-



Aus dem Klinikum Dresden-Neustadt soll ein ambulantes Zentrum gemacht werden.

ne unwirtschaftliche Klitsche, sondern um das bis zur Fusion 2017 siebtgrößte Krankenhaus Sachsens. Deshalb wachsen auch die Zweifel, ob das die richtige Therapie für das Klinikum ist; der Stadtbezirksbeirat Altstadt und der Bauausschuss stimmten bereits dagegen. Denn während die »Umwandlung« in Trachau wegen der Fördermittel verbindlich wäre, erweisen sich die weiteren Pläne zum Ausbau von Friedrichstadt bei näherer Betrachtung nicht nur als vage, sondern

eher als Potemkin'sche Dörfer. Da werden aus dem Landeshaushalt Gelder eingeplant, die es dort gar nicht gibt, da werden Grundstücke beplant, die der Stadt gar nicht gehören, und schließlich werden auch die zwingenden Denkmalschutzbestimmungen für das Friedrichstädter Areal einfach ausgeblendet. Das alles kann derzeit noch weggeredet werden, sind doch die Entscheidungen zu den wesentlichen Veränderungen in Friedrichstadt ohnehin erst nach 2025 vorgesehen, wenn der nächste Stadtrat (und vermutlich auch der nächste Krankenhausgeschäftsführer) zuständig sind.

Die wahrscheinlichste Konsequenz des Zukunftskonzeptes wäre jedoch, wenn die Ausbaupläne in Friedrichstadt wie Seifenblasen platzen, dass Dresden damit ab 2035 nur noch über ein deutlich geschrumpftes Städtisches Klinikum verfügt, welches nach den verqueren Kriterien von Ernst & Young dann zwar »wettbewerbsfähiger«, aber natürlich keinesfalls leistungsfähiger bei der Versorgung der Bevölkerung wäre. Der derzeitige Stadtrat sollte genau überlegen, ob er dieses Problem wirklich dem überübernächsten Stadtrat aufhalsen will, denn auch im Bundesgesundheitsministerium schwant heute manchem, dass die Politik des Bettenabbaus, der Krankenhausschließungen und der Privatisierungen in den letzten Jahren falsch gewesen sein könnte. Den Masterplan für diese Politik lieferte 2005 übrigens auch ein privates »Beratungsunternehmen«. Sie haben richtig geraten: Ernst & Young.

Das Zukunftskonzept würde das Klinikum keinesfalls leistungsfähiger machen!

Zu hoch und zu nah dran

Von der Illusion der Unendlichkeit und ihrer Bewahrung. Ein kurzer Einblick in die Bebauungsgeschichte rund um den Dresdner Zwinger



Blick zum Wallpavillon des Zwingers. Das rote Rechteck markiert eine Höhe von 30 Metern – acht Meter höher als das rote Gebäude daneben

Im Barock blieb nichts dem Zufall überlassen. Als der Dresdner Zwinger ab 1709 als Gesamtkunstwerk aus Architektur, Bildhauerei und Gartengestaltung errichtet wurde, hatten Gottfried Wilhelm Leibniz (1646–1716) und Isaac Newton (1643–1727) mit ihren mathematischen und physikalischen Entdeckungen die Berechenbarkeit der Welt gezeigt und den Grundstein unseres heutigen naturwissenschaftlichen Verständnisses gelegt. Selbst Johann Sebastian Bach (1685–1750) komponierte seine Fugen streng nach Zahlenfolgen. Das barocke Menuett folgt einer genau konstruierten Choreografie aus Kreisen,

Quadraten und Dreiecken. Parks wurden nach strikten geometrischen Regeln gestaltet und selbst Bäume und Hecken zurechtgestutzt.

Der prächtige Festplatz Augusts des Starken wurde in der Wallanlage angelegt. Vollendet wurde der Zwinger allerdings erst anderthalb Jahrhunderte später mit Gottfried Sempers Galeriegebäude. Ursprünglich war geplant, den Zwinger bis zur Elbe fortzusetzen und auch Richtung Nordwesten an der Elbe eine Parkanlage folgen zu lassen, die dem barocken Ideal als Garten Eden unendlich scheinen sollte. Der Zwinger hatte also eine städtische Seite, näm-

lich hinter dem Glockenpavillon, wo die Stadt mit dem Stadtschloss, dem Taschenbergpalais und der Sophienkirche schon immer in den Zwinger hineinschaute und eine ausgeprägt ländliche Seite, nämlich hinter dem Wallpavillon, dessen Bäume einen grünen Abschluss bildeten, wodurch sich diese Seite bewusst von der Stadt absetzte.

Genau in diese ländliche Seite wollte es dem Freistaat Sachsen gefallen, einen Hochpunkt zu setzen, einen etwas über 30 Meter hohen Hochhausteil, der wie eine geometrische Überprüfung ergab, dem Wallpavillon quasi als Fotobombe über die Schulter gegrinst hätte. Zwar ist die ländliche Seite des Zwingers heute nicht mehr ganz frei von Bebauung, immerhin sind hinter den Bäumen die Yenidze und das SZ-Hochhaus wahrnehmbar, allerdings stehen die in respektvollen Abstand und verschmelzen anders als das geplante Hochhaus es getan hätte nicht mit der Silhouette des Wallpavillons. Merkwürdigerweise beschränkte sich der vor einem Jahr-

zehnt beschlossene Masterplan auf 23 Meter und damit auf ein nicht störendes Maß. Im Detail kam noch hinzu, dass auch Haustechnikaufbauten auf den Dächern zugelassen werden sollten.

Die Verzögerung und Umplanung wäre vermeidbar gewesen.

DIE LINKE reagierte im Bauausschuss mit einem Antrag, die Höhe zu begrenzen. Außerdem sollte das Landesamt für Denkmalpflege um eine Stellungnahme gebeten werden. Die lag bereits vor – und war vernichtend. In Folge des Druckes aus dem Bauausschuss und dem Landesamt für Denkmalpflege wurden die Höhen reduziert. Damit bleibt der barocke Wallpavillon ungestört erlebbar. Wie sich herausstellte, hatte der Staatsbetrieb Sächsisches Immobilien- und Baumanagement bei dem zugrundeliegenden Wettbewerbsverfahren für das Verwaltungsgebäude die Denkmalpflege nicht hinzugezogen. Ergebnis waren nun mehrmonatige Verzögerungen und die Umplanung des Projektes, vermeidbar, hätte man gleich miteinander geredet. *Tilo Wirtz*



Ländlich geprägte Seite des Zwingers mit freistehendem Wallpavillon

MOBILITÄT

Radverkehr sicher gestalten!

Die Anzahl an Wegen, die in Dresden mit dem Rad zurückgelegt werden, hat laut ADFC im letzten Jahr weiter zugenommen. Dies sei neben der Corona-Pandemie auch auf verbesserte Rahmenbedingungen für Radfahrende zurückzuführen. Maßnahmen wie die kürzlich eingeführte »Grüne Welle« zwischen Pirnaischem Platz und Postplatz sollen die Attraktivität des Radverkehrs weiter erhöhen.

Die Idee ist denkbar einfach: Wer mit einer Geschwindigkeit von 17 bis 20 Stundenkilometern entlang der Wilsdruffer Straße fährt, hat die Möglichkeit, die nächsten zwei Ampeln am Altmarkt sowie an der Zufahrt Schloßstraße ohne zusätzlichen Halt zu passieren. In der Gegenrichtung soll die Grüne Welle immerhin bei jedem zweiten Ampeldurchlauf funktionieren. Die Maßnahme ist Teil des Verkehrsmanagement-Projektes VAMOS, das gemeinsam mit der TU Dresden entwickelt wurde. Mit 10.000 Euro Planungs- und Umsetzungskosten ist das Projekt relativ preisgünstig, zumal 50 Prozent davon vom Bund gefördert wurden. So einfach und effektiv solche Maßnahmen zur Erhöhung der



Eine Kunst: Radverkehr sicher gestalten ohne die Belange anderer Verkehrsteilnehmer:innen zu vernachlässigen

Geschwindigkeit auch sind, der Schlüssel für die Steigerung der Attraktivität des Radverkehrs liegt aus linker Sicht in der Verbesserung der Sicherheit für Radfahrende. Maßnahmen wie die verpflichtende Einführung des Abbiegeassistenten für LKW und die Investition in baulich getrennte Radwege sowie gut sichtbare Fahrbahnmarkierungen sind unabdingbar. Ein Dreiklang aus kontinuierlichem Ausbau der Infrastruktur, verkehrsrechtlichen Reformen sowie der konsequenten Verbesserung der allgemeinen Rahmenbedingungen durch ergänzende Maßnahmen ist nötig um den Anteil des Radverkehrs weiter zu steigern.

Eine gute Fahrradpolitik muss immer auch sozial sein, was in Dresden unter anderem durch die kostengünstige Bereitstellung von Fahrrädern an den MOBI-Punkten der Dresdner Verkehrsbetriebe umgesetzt wurde. Unsere Aufgabe als LINKE ist es wiederum auch, weiterhin dafür zu sorgen, dass die Belange der Fußgänger:innen, wie das Einrichten weiterer Zebrastreifen, barrierefreier Fußwege und einer klaren Abgrenzung zwischen Fuß- und Radweg, nicht vergessen werden. *Anne Holowenko*

CORONA-AUSWIRKUNGEN

Stromsperren
verboten!

Im Jahr 2019 wurden laut einer Anfrage an den Oberbürgermeister 2193 Stromzähler, 21 Gaszähler und elf Wasserzähler in Dresden gesperrt. Der Hauptgrund für die meisten Sperren ist der Zahlungsrückstand. 2020 waren es insgesamt 2004 Stromzähler, 19 Gaszähler und 19 Wasserzähler, die in Dresdner Privathaushalten abgeschaltet wurden. Gerade in der Zeit der Corona-Pandemie sind viele Menschen in den eigenen vier Wänden geblieben und haben von Zuhause aus gearbeitet und die Kinder während des Unterrichts Zuhause betreut – der Stromverbrauch erhöhte sich zum Teil deutlich. Zum anderen sind vielen Menschen, gerade Selbstständigen, die Einnahmen weggebrochen, so dass schlichtweg das Geld fehlt, um die Rechnungen rechtzeitig zu begleichen. Augenscheinlich sind die Zahlen zwischen 2019 und 2020 zurückgegangen. Vermutlich auch, weil die Stromsperren während des Lockdowns (Mitte März bis Juni 2020 und im Dezember 2020) ausgesetzt wurden.

Vorteilhaft ist sicher, dass Dresdens größter Stromanbieter SachsenEnergie (vormals Drewag und Enso) sich vollständig in kommunaler Hand befindet. Dieser ist sicher eher als anderer Anbieter darum bemüht, mit den Betroffenen ins Gespräch zu kommen, um gemeinsam eine Lösung zu finden, anstatt den Menschen Strom, Wasser und Gas sofort abzuschalten.

Klar ist: Die Energieversorgung ist Teil des menschenwürdigen Existenzminimums, so hat es auch das Bundesverfassungsgericht bestätigt. Deshalb ergibt sich auch für uns als LINKE die Forderung, dass Strom- und Wassersperren dauerhaft ausgesetzt werden müssen. Niemand und schon gar nicht Familien mit Kindern sollten je in einer dunklen Wohnung sitzen müssen.

Christopher Colditz



Menschen in der Krise unterstützen –
und nicht den Saft abdrehen!



GLEICHSTELLUNG

Regenbogenfahne am Rathaus

Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Dresdner Stadtrat wurde dieses Jahr am 17. Mai, dem Internationalen Tag gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transfeindlichkeit, zum ersten Mal die Regenbogenflagge am Rathaus gehisst. Am 17. Mai 1990 wurde Homosexualität aus dem Diagnoseschlüssel für Krankheiten gestrichen – seit vielen Jahren wird an diesem Tag auf die anhaltende Diskriminierung, Ausgrenzung und Kriminalisierung von queeren Leben aufmerksam gemacht. Gerade in Zeiten der Pandemie, in der Veranstaltungen und Demonstrationen nicht wie gewohnt stattfinden können, ist das Hiszen der Flagge für die Sichtbarkeit von queeren Personen noch wichtiger. Leo Lentz

Sozial aus der Krise

Die Fraktion DIE LINKE startet im Juni eine Veranstaltungsreihe, um mit Dresdner:innen über ihre Erfahrungen rund um die Corona-Pandemie ins Gespräch zu kommen



Gemeinsam aus der Krise – berichten Sie uns von Ihren Erfahrungen während der Corona-Pandemie!

Noch immer begleiten uns die Corona-Pandemie und die damit verbundenen Maßnahmen. Die soziale Betroffenheit durch all diese Veränderung ist für die Menschen höchst unterschiedlich. Das wird immer deutlicher sichtbar. Und es zeichnet sich ab, dass die Folgen der Krise für Viele noch lange zu spüren sein werden, auch wenn durch Impfungen und sinkende Inzidenzen Öffnungsschritte erfolgen. Denn über ein Jahr mit Kontaktbeschränkungen zurechtzukommen, die Anforderung, Schulstoff zu Hause zu vermitteln, Hilfe von Außerhalb bei der Pflege von Angehörigen auf ein Minimum zu reduzieren oder die Unsicherheit zu ertragen, wie es mit dem eigenen Job weitergeht, zehrt an den Kräften und das schon seit über einem Jahr.

Doch was genau brauchen die Menschen nun von der Kommunalpolitik? Welche Angebote müssen neu geschaffen, verändert oder ergänzt werden? Diese Fragen treiben uns schon länger um, und so entstand bei einem Gespräch über aktuelle sozialpolitische Ziele am Tisch von Sozialbürgermeisterin Kris Kaufmann mit Magnus Hecht, Leo Lentz, Christopher Colditz und mir die Idee, die Menschen direkt darauf anzusprechen. Aus dieser Idee heraus haben wir eine Veranstaltungsreihe entwickelt, mit der wir gemeinsam mit unserem Fraktionsvorsitzenden André Schollbach in verschiedenen Stadtteilen

Was genau
brauchen die
Menschen von der
Kommunalpolitik?

mit den Bewohner:innen über deren Erfahrungen, Probleme und den persönlichen Umgang mit der Krise ins Gespräch kommen wollen.

Wir laden die Bewohner:innen dazu ein, uns ihre Erfahrungen zu schildern. Diese Zuschriften besprechen wir in den Veranstaltungen mit Vertreter:innen der Stadtratsfraktion, der jeweiligen Stadtbezirksbeiräte und Vertreter:innen lokaler sozialer Einrichtungen. Die einzelnen Erfahrungen von Bürger:innen stehen im Mittelpunkt. Im Anschluss werden wir herausarbeiten,

welche kommunalpolitischen Ansätze wir daraus ableiten können. Alle Veranstaltungen senden wir live und es gibt die Möglichkeit, sich in das Gespräch im Chat einzubringen.

Pia Barkow

Termine

- **Mi, 2. Juni**, 19 Uhr, Pieschen (mit André Schollbach und Pia Barkow)
- **Do, 24. Juni**, 13 Uhr, Neustadt (mit Dr. Kris Kaufmann, André Schollbach, Magnus Hecht und Leo Lentz)
- **Mo, 5. Juli**, 13 Uhr, Altstadt (mit André Schollbach und Christopher Colditz)
- **Di, 6. Juli**, 10 Uhr, Prohlis (mit André Schollbach und Leo Lentz)
- **Di, 13. Juli**, 19 Uhr, Gorbitz (mit Dr. Kris Kaufmann, André Schollbach und Pia Barkow)



Schalten Sie ein –
online unter
<https://gleft.de/4eY>

Plötzlich ein Plus von 109 Millionen

Der Jahresabschluss von 2020 ist deutlich positiver ausgefallen als erwartet. Die Haushaltssperre und die ganzen Sparmaßnahmen hätte sich die Stadt sparen können, sagt Stadtrat *Tilo Kießling*



Mit einer besseren Prognosefähigkeit der Verwaltung hätte man auf die Haushaltssperre verzichten können

Eigentlich ist diese Geschichte unglaublich. Als wir während der Haushaltsverhandlungen hart miteinander darüber diskutiert haben, was man tun kann, um pandemiebedingte Kürzungen möglichst zu vermeiden, war allen klar, dass wir hart an die Grenze des Zumutbaren gehen müssten. Nach einem Jahr 2020, in dem unsere Fraktion wieder und wieder gegen die Haushaltssperre argumentiert hat – und mit vollkommen unklaren finanzpolitischen Zukunftsaussichten – hatten wir uns dann entschieden, mit zwei Schritten den Ausgleich zwischen den eigentlich bescheidenen Wünschen des Stadtrates und den prognostizierten finanziellen Verlusten zu finden. Einmal mit einer harten Vorgabe an die Verwaltung, 77 Millionen Euro Einsparungspotenzial zu finden, zum anderen mit der Kreditfinanzierung des Heinz-Steyer-Stadions – noch einmal knapp 30 Millionen Euro.

Beides waren Schritte, die den beteiligten Fraktionen viel abverlangten. Kürzungsvorgaben für die Verwaltung stoßen links der Mitte auf Widerstand, Kreditfinanzierungen auf Widerstand rechts der Mitte. Danach begann eine sehr emotionale Diskussion, weil die Umsetzung der Vorgaben hauptsächlich den Bereich betraf, der die größten Investitionsvolumina hatte: der Bildungsbereich. Und während sich die Fraktionen noch den Kopf zerbrachen, wie man mit den konkreten Vorschlägen des Oberbürgermeisters, mit denen ihn der Stadtrat beauftragte, umgehen sollte, hatte der Oberbürgermeister, ganz unerwartet, eine Schatztruhe gefunden mit so vielen Millionen Euro darin wie kaum jemand von uns je auf einem Haufen gesehen hat. Am 12. April 2021 wurden wir in einer Finanzausschusssitzung informiert. Oder besser: Mit einer Vorahnung versehen. Die vom beauftragte Kürzungsvorlage wurde von der Tagesordnung genommen, denn der Oberbürgermeister würde selbst einen

Änderungsantrag stellen. Es sei ein besserer Jahresabschluss 2020 geworden als erwartet. Alle unsere Fragen, um wie viel Geld es sich handele und wofür es verwendet werden solle, blieben unbeantwortet. Noch einmal anderthalb Monate bis zum 26. Mai 2021 dauerte es bis die Katze aus dem Sack oder besser die Nachricht in die Öffentlichkeit gelassen wurde: Über 109 Millionen Euro sind im Jahr 2020 übriggeblieben. Wäre die Stadtverwaltung in der Lage, ihre Einnahmen und Ausgaben korrekt zu prognostizieren, hätten wir uns sowohl die Haushaltssperre als auch den unerfreulichen und aufwendigen Vorgang einer Kürzungsvorlage komplett sparen können.

Und genau diese Frage müssen wir nun stellen: Wie kann es sein, dass in der Stadtverwaltung von einem gewaltigen negativen Saldo ausgegangen wird und

Hier muss dringend am Haushaltscontrolling gearbeitet werden.

mit haushaltswirtschaftlichen Sperren alle Fachämter unter Druck geraten, während sich auf den Konten der Stadt gleichzeitig ein Geldberg von 109 Millionen Euro über Plan auftürmt? Hier muss dringend am Haushaltscontrolling gearbeitet werden. Und noch etwas bleibt als Erkenntnis: Wenn wieder einmal jemand nach Kürzung und Einschnitten ruft, hat das vielleicht nicht nur finanzielle, sondern auch ideologische Gründe!

**DRESDNER
VERSAMMLUNGSBEHÖRDE**

Vorrangige Aufgaben

Die Veranstaltungs- und Versammlungsbehörde, eine Abteilung des Ordnungsamtes, geführt durch Amtsleiter Ralf Lübs (CDU), ist eine Behörde der Stadtverwaltung Dresden, die direkt für die Umsetzung des Versammlungsgesetzes zuständig ist. Vorrangige Aufgabe ist es, geltende rechtliche Bestimmungen, insbesondere die Versammlungsfreiheit, umzusetzen. Diese Aufgabe fällt in den Bereich »allgemeines Verwaltungshandeln« und kann damit kaum vom Stadtrat beeinflusst werden. Bei Demonstrationen und Kundgebungen arbeitet sie eng mit der Polizeibehörde und der Polizei zusammen. Gemeinsam sind sie vor Ort für die Einhaltung der Versammlungsbescheide, von Ordnung und Sicherheit sowie der in verschiedenen Gesetzen (einschließlich der europäischen Ebene) verankerten Versammlungsfreiheit verantwortlich. Welche Probleme treten immer wieder auf, die zur oft zitierten Behauptung führen, dass die Dresdner Verwaltung auf dem rechten Auge blind sei? Bei Demonstrationen aus dem linken Spektrum zeigt sich, dass Versammlungsbescheide häufig viel zu spät gestellt werden, die Kontrollen und Abmahnung kleinerer Verstöße in Bezug auf Abstände, Maskenpflicht und Hygienemaßnahmen viel enghmaschiger durchgeführt werden und die Benutzung von Lautsprechern oder Musikbeiträgen durch das Ordnungsamt stark eingeschränkt bzw. reguliert wird. Im Gegensatz



Demonstration der Seebrücke in Dresden auf dem Neumarkt

dazu steht die Wahrnehmung des Handelns der Behörde bei Demonstrationen von Pegida, Coronaleugner:innen oder Querdenker:innen. Generell scheint zu wenig Personal vor Ort zu sein, um das Geschehen wirklich kontrollieren zu können. Außerdem fällt eine große Nachsichtigkeit bei Verstößen gegen die Versammlungsaufgaben und Redefreiheit auf, zum Beispiel bei offenen Morddrohungen, Anstiftungen zu Gewalt, menschenverachtenden Äußerungen wie das im Chor gebrüllte »Absaufen, Absaufen« oder das regelmäßige vollständige Absingen des Deutschlandliedes.

Welchen Beitrag kann Kommunalpolitik leisten, um die Versammlungsbehörde zum neutralen Handeln zu bewegen? Auf die Finger schauen! Stadträt:innen haben das Instrument der Akteneinsicht, das unsere Fraktion nutzt. Entscheidender ist aber das gemeinsame Handeln auf der Straße.

Margot Gaitzsch



Aus Zweien macht Vier. Das frisch gegründete Buben-Quartett: Die Dissidenten-Fraktion

GANZ HINTEN LINKS

Dissidenten-Quartett

Normalerweise gibt es Fraktionswechsel entweder am Anfang einer Wahlperiode oder kurz vor deren Ende, wenn die nicht wiederaufgestellten Stadtratsmitglieder es den anderen einmal richtig zeigen wollen. Aber so mittendrin? Die Herren Lichdi und Schmelich, die man – ohne ihnen zu nahe zu treten – durchaus als Individualisten bezeichnen kann, verließen sang, aber nicht klanglos die grüne Fraktion, um mit den beiden bisher fraktionslosen Solisten von Piraten und Die Partei gemeinsam eine neue zu bilden. Als ob es für dieses Buben-Quartett nicht viele schöne Namen gegeben hätte, nannten sie sich ausgerechnet Dissidenten – eine Bezeichnung, die man während des kalten Krieges für tatsächliche oder vermeintliche ideologische Frontwechsel verliehen bekam.

An der Front im Stadtrat ändert sich freilich nichts, es steht weiterhin 35 zu 35 und der Oberbürgermeister darf weiter das Zünglein an der Waage spielen (wenn er denn gerade einmal da ist). Nur ihre Position als stärkste Fraktion verloren die Grünen damit an die CDU, worauf letztere prompt ankündigte, sie wolle jetzt wieder die *führende Rolle* übernehmen. Bitte nicht lachen!

Jens Matthis

FERNSEHTURM

Klares Bekenntnis des Stadtrats

Am 22. April stimmte der Stadtrat mehrheitlich einer Absichtserklärung, dem sogenannten Letter of Intent, zur Wiedereröffnung des Dresdner Fernsehturms zu. Dieses Wahrzeichen der Landeshauptstadt wurde 1991 für die Öffentlichkeit geschlossen, bis 2018 liefen jegliche Versuche einer Wiedereröffnung ins Leere. DIE LINKE in Dresden spricht sich seit Jahren für eine Wiedereröffnung aus und verankerte dies als Forderung 2019 im Kommunalwahlprogramm. Schließlich ist der Fernsehturm ein wichtiges Denkmal der Ostmoderne und eine touristische Sehenswürdigkeit in Dresden, die man nutzen und der Öffentlichkeit zugänglich machen sollte. Gegenüber den Kritikern des Fernsehturms fand der Fraktionsvorsitzende André Schollbach in seiner Rede im Stadtrat deutliche Worte: »Wenn eine Stadt mal eben 800 Wartehäuschen abreißt, einen Ski-Weltcup mit einem sechsstelligen Betrag bezuschusst und weit über 100 Millionen für ein Verwaltungszentrum raushaut, ist die Kritik an der Wiederbelebung eines bestehenden Gebäudes ziemlich schräg.« Mit einem Antrag hat die Fraktion DIE LINKE darüber hinaus dafür gesorgt, dass die ansässige Bürger:inneninitiative, die sich Sorgen um die verkehrliche Situation vor Ort macht, in die künftigen Planungen einbezogen wird. *Die Redaktion*



Bald wieder als touristisches Ausflugsziel geöffnet? Der Dresdner Fernsehturm

RATSSITZUNG

Dresden bekommt Jüdisches Museum und Gemeinschaftsschule



Dank einstimmigem Beschluss: Dresden bekommt ein Jüdisches Museum

Die Doppel-Stadtratssitzung im April hielt viele wichtige Beschlüsse parat, die in dieser Zeitung nicht unerwähnt bleiben sollten. So zum Beispiel das »Monitoring von zweckentfremdetem Wohnraum«. Solange noch keine gesetzliche Regelung zum Zweckentfremdungsverbot von Wohnraum durch den Freistaat erlassen ist, soll die Stadt Dresden selbst eine Datenerhebung, eine Registererstellung mittels Daten des Steuer- und Stadtkassenamtes und die Erfassung beantragter Nutzungsänderungen von Wohnraum durchführen lassen. Darüber hinaus beschloss der Stadtrat einstimmig die Errichtung eines Museums zur Geschichte und Entwicklung jüdischen Lebens und jüdischer Kultur in Dresden.

Der Umgang mit jüdischem Leben und jüdischer Kultur muss normalisiert werden. Dazu soll das Museum einen wichtigen Beitrag in Dresden leisten. Denn noch immer gibt es antisemitische Anschläge und Angriffe in Deutschland. Zudem beschloss der Stadtrat den Prüfauftrag zur Einrichtung einer Gemeinschaftsschule im Dresdner Norden und eine bessere ÖPNV-Anbindung des Dresdner Nordens an die Innenstadt. Unser Antrag, das Übergangswohnheim an der Wetterwarte anzuknüpfen, wurde mehrheitlich abgelehnt. *Die Redaktion*

VORNE LINKS

Die Fraktion im Dresdner Stadtrat

Impressum

Herausgeber

DIE LINKE. Fraktion im Dresdner Stadtrat
Rathaus, 1. Etage, Zimmer 208
Dr. Külz-Ring 19, 01067 Dresden
www.linke-fraktion-dresden.de

V.i.S.d.P.

Thomas Feske

Kontakt

Telefon: 0351/4882822
fraktion@dielinke-dresden.de

Redaktion

Thomas Feske, Jana Neveling,
Susann Dietzschold

Autor:innen dieser Ausgabe

Anja Apel, Pia Barkow, Christopher Colditz,
Thomas Feske, Margot Gaitzsch, Katharina
Hanser, Anne Holowenko, Tilo Kiebling, Leo Lentz,
Jens Matthis, André Schollbach, Tilo Wirtz

Redaktionsschluss

20. Mai 2021

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf sinnwahrende Kürzungen vor.

Bildnachweise

Notausgang/piqsels (1); Dieter Gaitzsch (2); Digitalisierung/piqsels (2); userBot/pixabay (2); Dominik_Alexander_1977/pixabay (3); Impfung/piqsels (3); Orang-Utan/piqsels (4); Jörg Blobelt/wikimedia commons (4); Tilo Wirtz (5, 8); Fahrrad/piqsels (5); Alexander Bahr (6); Zusammenhalt/piqsels (6); Strom/piqsels (6); Taschenrechner/piqsels (7); Margot Gaitzsch (7); Alexas_Fotos/pixabay (8); Z thomas/wikimedia commons (8)

Gestaltung und Satz

Ostsüdost

Druck

LR Medienverlag und Druckerei GmbH

Auflage

Die Papierausgabe wird in einer Auflage von 4000 Exemplaren gedruckt.

DIE LINKE.
Fraktion im Dresdner Stadtrat